

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 4. September 1885.

№ 85.

## Zwischen zwei Stühlen.

Nationalliberale Blätter erörtern wiederholt die Frage, wie sie sich bei den Wahlen zu den Conservativen und zu den Freisinnigen zu stellen haben, und gelangen übereinstimmend zu dem Schluß, daß die Nationalliberalen etwa die Rolle jenes „graunen Freundes“ spielen müssen, der zwischen zwei Bündel Heu nachdenkend steht und überlegt, welches wohl das beste sei. Sie sollen sich weder nach links, noch nach rechts entscheiden und sich im Einzelnen die Personen hier wie dort ansehen, die sie unterstützen können. Dieses selbstständige Vorgehen wird als ein durch Tradition und Programm vorgeschriebenes bezeichnet.

In wie weit ihr Programm ein solches Vorgehen vorschreibt, bleibe dahin gestellt. Das Heidelberger Programm thut es jedenfalls nicht. Dasselbe enthält einen so entschiedenen Absagebrief an die Freisinnigen, ja es ist erst durch das Inslebentreten jener aus Fortschrittlern und Secessionisten entstandenen Partei veranlaßt worden und richtet sich so deutlich gegen deren Programm, daß bisher noch Niemand darin eine eventuelle Parteinahme für die Freisinnigen gefunden hat. In der „Tradition“ mag es allerdings wohl liegen, daß die Nationalliberalen auch die Freisinnigen unterstützen. Sie haben sogar — von den vorjährigen Reichstagswahlen abgesehen — namentlich bei den Wahlen im Jahre 1881 und 1882 diesen sich so ausschließlich hingegeben, daß die meisten Mandate, die sie verloren, diesen in die Hände fielen. Aber die im vorigen Jahr in Heidelberg eingeleitete Bewegung hat auch diese Tradition vollständig durchbrochen. Als sie das Tafeltuch zwischen sich und dem Freisinn durchschnitt und bei den vorigen Reichstagswahlen in einen entschiedenen Gegensatz zu den Freisinnigen traten, da hatten sie in dem Wahlergebnis seit langer Zeit wieder zum ersten Male einen Zuwachs zu verzeichnen. Die Zahl der Wähler, die ihre Stimmen nationalliberalen Candidaten gaben, betrug 979,430, während drei Jahre vorher nur 642,718 nationalliberal gestimmt hatten. Die liberalen Wähler, welchem es vor Allem auf die Bethätigung einer nationalen Gesinnung ankam, folgten der von den Nationalliberalen hochgehaltenen nationalen Fahne.

Ganz im Widerspruch zu dieser Entwicklung und in seltsamer Verkennung der hierin liegenden Lehre spielt man jetzt wieder mit dem Trugbilde einer großen liberalen Partei und glaubt, großmüthig wenigstens die Gemäßigteren unter den Freisinnigen unterstützen zu können. Wem sie aber damit in die Hände arbeiten würden, scheint ihnen nicht klar zu sein: sie würden dadurch nur den Terrorismus der leitenden Führer des Freisinns unterstützen, denn daß jene sich diesen unbedingt — wenn auch vielleicht widerwillig — unterordnen, hat die Erfahrung zur Genüge gelehrt. Die Nationalliberalen würden also ihren schlimmsten Gegnern das Heft in die Hände spielen.

Worüber sie sich in letzter Zeit beklagen, daß nämlich den Nationalliberalen mit Mißtrauen entgegengekommen werde, rührt gerade von der Unentschlossenheit her, mit dem Freisinn einmal gründlich reinen Tisch zu machen. Sie müssen alle nationalgesinnten Kreise vor den Kopf stoßen, wenn sie wieder mit den Hauptgegnern aller nationalen Politik direct oder indirect liebäugeln, und dann werden sie sich auch nicht wundern können, daß die Conservativen ihnen gegenüber die Haltung aufgeben, die sie bei den letzten Reichstagswahlen einnahmen und die ihnen sehr wesentlich zu Gute kam.

Dieses Hin- und Herbahren nach rechts und links, dieser Mangel an Entschlossenheit, den Stuhl links fortzuschieben, kann für die Nationalliberalen nur verhängnißvoll sein, denn wenn sie zwischen zwei Stühlen zu sitzen kommen, werden sie überhaupt keine Rolle mehr spielen können.

## Die katholische Generalversammlung in Münster.

Die Redner, welche auf der diesjährigen Generalversammlung deutscher Katholiken in Münster das Wort führten, haben durchweg einen so herausfordernden Ton angeschlagen und solche Kampfeslust zur Schau getragen, daß derjenige, welcher diese Stimmung mit der thatsächlichen Lage der kirchenpolitischen Verhältnisse in Vergleich bringt, sofort die Unvereinbarkeit beider gewahr wird. Oder täuschen wir uns wirklich, wenn wir annehmen, daß sich im Allgemeinen der katholischen Bevölkerung eine gewisse Beruhigung und Befriedigung bemächtigt hat und daß die außerordentlichen Erleichterungen, welche den Katholiken zu Theil geworden sind, an diesen nicht spurlos vorüber gegangen sind? Die Bischofsstühle bis auf einen sind besetzt, — im Jahre 1880 waren von zwölf nur drei besetzt. Die Anzeigepflicht ist für einen großen Theil der Geistlichen beseitigt, die Zuständigkeit des Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten ist auf diesem Gebiete aufgehoben; von den Bestimmungen über die Vorbildung der Geistlichen ist in umfassender Weise dispensirt worden, die Beschränkungen für das Messelesen und Sacramentspenden sind aus dem Wege geräumt. Es wäre schlimm, wenn die katholische Bevölkerung hierüber nicht Genugthuung empfände.

Aber wir glauben, daß in der That das Gefühl der Anerkennung und in Folge dessen eine versöhnliche Stimmung die katholischen und auch die maßgebenden katholischen Kreise beherrscht. Ein Zeichen hierfür war die Thatsache des bekannten, inzwischen freilich durch Betreiben der ultramontanen Hekypresse zurückgenommenen Baderborner Erlasses, welcher den jungen Theologen die Nachachtung maigesetzlicher Bestimmungen über den Studiengang empfahl. Ein weiteres Zeichen sind die jetzt, wie es heißt, auf Grund eines Beschlusses der Fuldaer Bischofsconferenz angeordneten persönlichen Gestellungen der jungen Theologen zur Entgegennahme mündlicher Instructionen, von denen man annimmt, daß sie den Bestimmungen des Baderborner Erlasses entsprechen werden. Ein ferneres Zeichen ist der Hirtenbrief der in Fulda versammelt gewesenen Bischöfe, welcher nichts von einem Kampfes-eifer durchblicken läßt und jede Spitze gegen die staatliche Gesetzgebung vermeidet. Der Domcapitular Roufang nennt diesen Hirtenbrief „so zart und mild“, daß er, wenn er in Fulda gewesen, „jeden Bischof, der ihn unterschrieben, hätte zu Füßen fallen und die Hand küssen mögen.“

Von dieser Zartheit und Milde der Sprache sind aber die Reden, welche auf der Generalversammlung gehalten wurden, das gerade Gegentheil. Man erklärt es als Zweck der Versammlung, den Kampfes-eifer zu erneuern, man sträubt sich gegen die angebliche „Verjüngung“ des Kulturkampfes und gegen die „Tuberkulose, die den katholischen Lungen von Berlin eingepfist werden soll“, man fordert zu weiterem Kampfe auf, auch wenn es ein dreißigjähriger Krieg werden sollte, man verlangt die Zurückberufung der Jesuiten und die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes und spricht von „maßlosen Ansprüchen des heidnisch gewordenen Staates“, der überall protestantischen Einfluß geltend mache.

Es verlohnt sich nicht, diese Maßlosigkeiten näher zu charakterisiren oder zu widerlegen. Ihr Zweck ist unschwer zu errathen. Die leitenden Männer der Generalversammlung wollen der „Gefahr“ der beginnenden Beruhigung und Befriedigung auf Kosten der Wahrheit durch möglichst starke Uebertreibungen und grelle Schlagworte vorbeugen und verhindern, daß der Friede in die Gemüther zieht. Aber gerade, daß sie solcher Mittel zu bedürfen glauben, das scheint uns zu beweisen, daß sie die zunehmende Gefahr ihrer eigenen Einflußlosigkeit erkennen, und das bürgt auch dafür, daß es ihren Anstrengungen nicht gelingen

wird, die katholische Bevölkerung mit sich zu reißen. Die Friedensthaten werden, wie man hoffen darf, besser wirken wie Kampfworte, denen die innere Wahrheit und Berechtigung fehlt.

### Der Zwiespalt im socialdemokratischen Lager.

Bei den letzten Reichstagswahlen war es der socialdemokratischen Partei gelungen, die Zahl ihrer Vertreter nahezu zu verdoppeln. Entsprechend dieser Erweiterung der Fraction, welche gegenwärtig 24 Mitglieder zählt, war ihr nun auch ein größerer Antheil an den Berathungen, sowohl im Plenum als in den Commissionen und Abtheilungen, gesichert; sie war vollauf in der Lage zu zeigen, was sie konnte. Vorlagen der Regierungen und Anträge aus dem Hause ließen es an Gelegenheiten nicht fehlen, wirksam an der Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen mitzuarbeiten. Aber die socialdemokratischen Abgeordneten nutzten sie nur in auffällig schwacher Weise aus; bei mancher wichtigen Abstimmung waren ihre Bänke leer.

Das Versäumte sollte durch das große Arbeiterschutzgesetz nachgeholt werden, welches eine ganze Reihe schwieriger Fragen, wie Kinderarbeit, Sonntagsruhe, Normalarbeitszeit, Arbeitskammern und -ämter auf ein Mal zu lösen unternahm. In Wirklichkeit diente der Entwurf bald nach Schluß des Reichstages als Agitationsmittel für die Massen. Ein Petitionssturm wurde ins Werk gesetzt und selbst bei den Erhebungen über die Sonntagsarbeit, durch welche die Arbeiter vor ganz bestimmte Fragen gestellt wurden, mußte das Arbeiterschutzgesetz mittelbar dazu herhalten, in den Massen möglichst wenig Vertrauen dazu aufkommen zu lassen, daß ihnen Wohlthaten von irgend einer andern Seite als von der Socialdemokratie widerfahren könnten.

Die Geschichte lehrt, daß die schärfere Tonart, wie sie Bebel, v. Bollmar u. s. w. vertreten, von diesem Staate überhaupt nichts erlangen will. Vor 10 bis 15 Jahren hieß es: keine Intervention des Staates zur Lösung der socialen Frage, sein capitalistisches System ist noch nicht reif zum Zusammenbruch, keine Beschränkung desselben, damit die Arbeiter um so früher und gründlicher sich der Gesetzgebung bemächtigen. Daneben bestand freilich immer eine gemäßigte Richtung, welche Verbesserungen der Lage der Arbeiter annehmen will, von wem sie auch kommen mögen.

Der Parlamentarismus hat sich, wie nur wenige Einsichtige vorausgesehen haben, als scharfe Klippe für unsere Socialdemokratie erwiesen. Die Frage war, ob man immer und bei jeder Gelegenheit nur gegen diesen Staat protestiren oder ob man sich unter Umständen auf Paktiren und Mitarbeiten einlassen sollte. Bei der Berathung der Dampfersubvention war die Fraction gespalten, ein großer Theil wollte nicht von der Einsicht lassen, daß die Maßregel für unsere Nationalwirthschaft und bei gesteigerter Ausfuhr, Neubau von Schiffen zc. für die Arbeiter von Vortheil sein müßte. Da kamen denn die Klagen in dem officiellen, in Zürich erscheinenden Parteiorgan, die Fraction sei in den Sumpf des Parlamentarismus gerathen, ein Congreß wurde verlangt, um Musterung zu halten, und auch die Erklärung der Fraction, daß sie nach wie vor die Parteiagitation als ihre Hauptaufgabe betrachte, reichte zur Beschwichtigung des unter den Männern der schärferen Tonart erregten Mißmuths nicht aus.

Hell beleuchtet wird die im Schoße der Partei herrschende Gährung durch eine Erklärung des Abgeordneten für Leipzig — Land, des in München wohnenden ehemaligen preußischen Referendars Bierck. Er hatte in einer Rede ein gewisses Vertrauen zu dem guten Herzen unseres Kaisers ausgesprochen, weshalb er in Zuschriften an das Züricher Parteiorgan als sentimentaler staatsocialistischer Schwächling in Acht und Bann gethan wurde. Nebenbei scheint es sich um den Austrag einer starken Nebenbuhlerschaft zwischen ihm und dem radicaleren von Bollmar zu handeln. Bierck trifft aber die ganze radicale Führerschaft überhaupt, wenn er in einer längeren Gegenerklärung von dem verhängnißvollen Fehler spricht, nur die brutale Gewalt anzurufen und an die Möglichkeit einer sprungweisen Entwicklung zu glauben, der Art, daß „wir uns heute in der capitalistischen Gesellschaft zu Bette legen und morgen durch einen plötzlichen

Zwischenfall im socialen Staat wieder aufwachen.“ Ihn erfasse keine Gänsehaut, wenn er das ihm entgegengeschleuderte Wort Staatsocialismus höre; er wüßte sogar so viel als möglich Staatsocialismus herbei. Bierck spricht ferner von dem terroristischen Standpunkt seiner Gegner und von den Excessen der demokratischen Denkweise.

Die Arbeiter könnten aus diesen Vorgängen sehr viel lernen. Vorläufig wird wahrscheinlich der radicalere Flügel siegen, von dem sie am letzten etwas zu erwarten haben, was sie zufriedener machen könnte. Nur bei ganz rabiaten und unzufriedenen Anhängern erscheint die Hoffnung der extremen Führer auf einen plötzlichen Umsturz unserer Gesellschaftsordnung, nicht als völlig sinnlos. Der fortschreitenden Socialreform gegenüber wird es ihnen immer schwerer werden, eine solche Hoffnung in den Massen zu nähren. Die Klärung unter diesen wird vielmehr fortschreiten mit jedem neuen Gesetz, das, auf practischen Erfahrungen beruhend, zu ihrem Wohle beschlossen wird.

### Parlamentarische Rückblicke.

#### Die Kirchenpolitik.

#### II.

Die beiden Gesetze vom 14. Juli 1880 und 31. Mai 1882 hatten hinreichend die Bereitwilligkeit der Regierung und des Landtags, den Katholiken Erleichterungen zu gewähren, bethätigt; sie erwiesen sich für die Ausfüllung der Lücken in der Seelsorge und für die Wiederherstellung einer geordneten Diöcesanverwaltung von guter Wirkung und überdies erzeugten sie in Verbindung mit der Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit der Römischen Curie auf Seiten des Vaticans insofern eine friedliche Stimmung, als derselbe bei der Neubefetzung von Bischofsstühlen den Wünschen der Regierung Rechnung trug, welche auch ihrerseits bei dieser Frage Alles vermied, was von Neuem eine unfruchtbare Erörterung streitiger Principienfragen hätte hervorrufen können. In dem Hirtenbriefe, welchen der neu ernannte Bischof von Fulda am Ende des Jahres 1881 erließ, begrüßte er „die Morgenröthe einer besseren Zeit“.

So konnte Kaiser Wilhelm in der Thronrede, mit der er am 14. November 1882 die erste Session der neuen Legislaturperiode eröffnete, seiner „Freude über die Befestigung freundlicher Beziehungen zu dem Oberhaupte der katholischen Kirche“ und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die versöhnliche Gesinnung, welche seine Regierung zu bethätigen nicht aufhören werde, „auch ferner günstigen Einfluß auf die Gestaltung unserer kirchenpolitischen Verhältnisse üben werde“. Aus diesen von Allerhöchster Stelle feierlich kundgegebenen Worten nahm der Papst in einem vom 3. Dezember datirten Schreiben Veranlassung, dem Kaiser seinen besonderen Dank, zugleich aber auch den Wunsch auszusprechen, daß „die neue kirchenpolitische Gesetzgebung wenigstens in den für das Bestehen und Leben der katholischen Religion wesentlichsten Punkten in endgültiger Weise gemildert und berichtigt werde.“ Kaiser Wilhelm erwiderte diesen Brief unterm 22. Dezember 1882 dahin, er hoffe, daß der Papst das seitherige Entgegenkommen der Regierung, welches die Wiederbefetzung der Mehrzahl der Bischofsstühle ermöglicht habe, durch eine entsprechende Annäherung erwidern werde; wenn er (der Kaiser) aus einem Entgegenkommen der Geistlichkeit auf dem Gebiete der Anzeige der geistlichen Ernennungen die Ueberzeugung gewinnen könne, daß die Bereitwilligkeit zur Annäherung eine gegenseitige sei, so würde er die Hand dazu bieten können, solche Gesetze, welche im Zustande des Kampfes zum Schutze streitiger Rechte des Staates erforderlich waren, ohne für friedliche Beziehungen dauernd nothwendig zu sein, einer wiederholten Erwägung in dem Landtage unterziehen zu lassen. In Beantwortung dieses kaiserl. Schreibens dankte der Papst am 30. Januar 1883 dem Kaiser für die von ihm bekundete Geneigtheit zum Friedensschluß, machte aber die Einwilligung zur Anerkennung der Anzeigepflicht von der vorhergehenden Revision der auf die Ausübung der geistlichen Macht und auf die Vorbildung des Klerus bezüglichen Bestimmungen der Maigesetze abhängig; im Uebrigen sollte dann aber als Aequivalent für diese partielle Revision nur die Anzeige-

pflcht interimistisch bezüglich der damals erledigten Pfarreien — nicht also allgemein und nicht für immer — zugestanden werden, während erst bei einer weiteren Revision dieselbe dauernd geregelt werden sollte. Es folgte ein weiterer Notenwechsel zwischen der preußischen Staatsregierung und dem Cardinal Jacobini, welcher damit abschloß, daß unsere Regierung sich zu den geforderten Concessionen bezüglich der Ausübung der geistlichen Macht und bezüglich der Ausbildung des Klerus bereit erklärte, sobald mit der Erfüllung der Anzeigepflicht ein Anfang gemacht sei. Es handelte sich also in der Hauptsache um die Frage der Priorität der Zugeständnisse. Die preußische Note vom 5. Mai führte ferner aus, daß die Regierung Werth auf die Erfüllung der Anzeigepflicht lege, weil sie als Präventivmaßregel für ein System friedlichen Einvernehmens unentbehrlich erscheine; wenn ein solches Einvernehmen nicht erreicht werden könne, würde der Staat zu einem Repressivsystem schreiten müssen, d. h. den Katholiken alles gewähren, was mit dem unentbehrlichen Maße staatlicher Autorität vereinbar sei, darüber hinaus aber das weltliche Gesetz ungemildert durch Verständigung mit geistlichen Organen walten lassen und die Wahrung seiner Autorität und des confessionellen Friedens durch die repressive Wirkung seiner Gesetze erstreben. Bevor aber die Regierung diesen Weg beschreite, wolle sie der Curie die Gestattung der Anzeigepflicht erleichtern: sie wolle nämlich — zu neuem Beweise ihres ernstlichen Strebens nach friedlichem Zusammenwirken — im Wege der Gesetzgebung auf die Anzeigepflicht bezüglich eines Theils der Geistlichen verzichten, wodurch das ungehinderte Messelesen und Spenden von Sacramenten gesichert werde; weiter wolle sie die Zuständigkeit des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten auf dem Gebiete der Anzeigepflicht beseitigen. Diese Note wurde von der Curie in ablehnendem Sinne beantwortet. Ueber diese Antwort ist nichts Näheres bekannt geworden, doch läßt sich vermuthen, daß sie von Neuem die Gegenforderung stellte, daß vorher die Maßgesetzgebung in dem Punkte der Ausübung der geistlichen Amtsgewalt und der Ausbildung des Klerus revidirt werde.

### Politische Tagesfragen.

Der Nationalfesttag, der 2. September, ist auch dies Mal wieder in erhebender Weise in ganz Deutschland gefeiert worden. Telegramme aus Süd und Nord, Ost und West, aus allen größeren Städten, wie München, Stuttgart, Karlsruhe, Nürnberg, Breslau, Hamburg, Köln u. s. w. bestätigen, wie wach die Erinnerung im Volke an jene große Zeit geblieben ist und mit wie freudiger Zuversicht es an seinen Errungenschaften festhält. Ganz besonders hat sich wieder die Reichshauptstadt hervorgethan; wir denken hierbei weniger an die besonderen Veranstaltungen, welche von Schulen, Vereinen und Gesellschaften aller Art getroffen waren und trefflich verliefen, als an die fast elementare volkstümliche Kundgebung, welche die große Parade des Gardecorps begleitete. Der Berliner ist gewöhnt, an solchen Tagen in großen Schaaeren auf dem Platz zu sein und mit Begeisterung dem glänzenden Schauspiel zu folgen. Aber so groß — darin stimmen die Blätter überein — waren die Betheiligung und die Huldigungen, welche der kaiserlichen Familie dargebracht wurden, noch niemals zuvor. Man muß es gesehen haben, welche Wirkung der Ruf, „der Kaiser kommt“, hervorzubringen vermochte. Die außergewöhnliche Bewegung hatte auch seinen besonderen Grund. Der Kaiser war unlängst von einem größeren Unwohlsein heimgesucht worden und wenn auch die Berichte gemeldet hatten, daß er gekräftigt zurückgekehrt sei, so wollte man doch selber durch den Augenschein sich überzeugen und dem geliebten Monarchen seine herzlichste Freude bekunden. Und bei diesem lebhaft aufwallenden Gefühle herrschte ein musterhafter Geist der Ordnung in der Masse, die dichtgedrängt vom Manöverfelde bis zur kaiserlichen Wohnung Posto gefaßt hatte und die Truppen — noch auf der Heimkehr im strammsten Parademarsch, sobald ein kaiserlicher Wagen sie überholte — an sich vorüberziehen ließ. So hat auch dies Mal wieder der Festtag zur Stärkung und Festigung des nationalen und patriotischen Geistes beigetragen.

Der Polizeipräsident von Stettin hat bekanntlich auf Veranlassung des dortigen Regierungspräsidenten gegen den Beschluß des Magistrats, im Interesse von Canalisationsarbeiten eine Alee alter Bäume umzuhauen, mit Rücksicht auf die gesundheitlichen und ästhetischen Bedürfnisse der Stadt Einspruch erhoben. Trotz dieses polizeilichen Verbots ließ der Magistrat mit dem Abholzen der Bäume einen Anfang machen,

worauf die Fortsetzung der Arbeit polizeilich verhindert wurde. Die betreffenden Magistratsmitglieder sind nun wegen Uebertretung des Verbots von dem Regierungspräsidenten in eine Disciplinarstrafe von je 10 M., der Oberbürgermeister in eine solche von 30 M. genommen worden.

Freisinnige Blätter suchen in ihrer Verlegenheit, der Regierung etwas anzuhängen, aus diesem an sich unbedeutenden Vorfall großes politisches Capital zu schlagen und das Vorgehen der Behörden zu einer großen reactionären Maßregel zu stempeln. Ob das Verfahren der Behörden berechtigt war oder nicht — wofür jedenfalls die von den freisinnigen Blättern vertretenen Anschauungen nicht maßgebend sind, — wird demnächst das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden haben, und gehen wir deshalb auf die Rechtsfrage hier nicht näher ein. Was aber die Angelegenheit von rein sachlichem Standpunkt betrachtet anbetrifft, so wird Jeder, der in großen Städten gelebt hat, ohne Weiteres zugeben müssen, daß die Erhaltung großer Bäume in denselben in hohem Maße wünschenswerth und nothwendig ist und daß das Vorgehen des Regierungspräsidenten von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, daher nur Anerkennung verdient. Indem die freisinnigen Blätter gerade diese Seite der Sache übergehen und zu verdunkeln suchen, zeigen sie, wie wenig Sinn sie für das öffentliche Interesse haben und wie sehr sie Alles nur in ihrem eigenen politischen Interesse ausbeuten.

Die Telegraphenconferenz hat das einheitliche Tarifsystem auch in zweiter Lesung angenommen; der Vertreter einer Verwaltung war noch nicht instruirte; im Uebrigen erfolgte der Beschluß einstimmig.

Verschiedene Blätter berichteten neulich, daß Ausweisungen preußischer Staatsangehöriger aus Russisch-Polen jetzt in einem größeren Umfange erfolgten, wobei angedeutet wurde, daß dies eine Folge der preußischerseits angeordneten Ausweisungen fremdländischer Polen sei. Diese Angaben beruhen auf Erfindung. Vom 1. Januar bis 1. August d. J. sind überhaupt nur 113 Ausländer aus Warschau fortgewiesen worden, worunter 61 Deutsche (43 Männer, 7 Frauen und 11 Kinder). Als Grund der Ausweisung ist angegeben: Paß- und Arbeitslosigkeit, gewerbsmäßiges Vagabondiren, verdächtiger und lüderlicher Lebenswandel u. dgl. m. Manche sind auf ihr Verlangen nach der Heimath geschickt worden. Endlich wurden noch wegen Betheligung der Männer an einer im Monat März erfolgten Arbeiterdemonstration einige wenige Familien ausgewiesen.

Im Regierungs-Bezirk Düsseldorf war die Durchführung der Krankenversicherung bei Beginn des Quartals beendet. Die Stadt Barmen hat nunmehr auch den Krankenversicherungszwang auf die Meister der Hausindustrie ausgedehnt, so daß sie jetzt für den ganzen Bezirk zu Recht besteht. Zu dem angegebenen Zeitpunkt waren errichtet 239 Orts-, 459 Betriebs- (Fabrik-), 3 Innungs-Krankenkassen und 22 Fabrik-Pensionskassen. Außerdem waren seit Erlaß der Novelle zum Hilfskassen-Gesetz vom 1. Juni 1884 umgestaltet oder neu errichtet 60 eingeschriebene Hilfskassen, von denen 56 den Anforderungen des § 75 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 genügen. Diesen Anforderungen haben sich ferner 14 landesrechtlich genehmigte Hilfskassen angepaßt.

Die Lage der Landwirtschaft ist bekanntlich im Allgemeinen so gedrückt, daß selbst die vorjährige gute Ernte keine merkliche Aufbesserung des Wohlstandes im Gefolge hatte. Dies wird uns z. B. auch aus dem Regierungs-Bezirk Stralsund bestätigt. Hier dürfen auch an die diesjährige gute Ernte nicht allzugroße Erwartungen geknüpft werden. Die Verwerthung wird voraussichtlich eine wenig mehr genügende als die bisherige sein. Namentlich sind die Befürchtungen, welche bezüglich des Absatzes der Wolle vor den diesjährigen Märkten laut wurden, im vollen Maße eingetroffen, so daß aus dem unterbliebenen Verkaufe dieses Erzeugnisses für viele Pächter und Besitzer von Landgütern große Verlegenheiten entstanden sind. Auch von Stettin wird Nehliches berichtet, hier sind die Wollpreise gegen das vorige Jahr noch um 30 bis 40 pCt. zurückgegangen. Diese gedrückte Lage macht sich natürlich auch im Handel und Gewerbebetriebe der Städte geltend.

Hervorragende kaufmännische Häuser haben, wie der Köln. Ztg. aus Berlin gemeldet wird, eine Eingabe an das Reichskanzleramt gerichtet, in welcher sie dieses bitten, bei der spanischen Regierung zu erwirken, daß die Stadt Madrid den deutschen Inhabern von Communalwerthen und ihren sonstigen Zahlungsverbindlichkeiten gegen deutsche Unterthanen gerecht werde. Wie es mit diesen Zahlungsverbindlichkeiten steht, darüber schreibt ein süddeutsches Blatt: „Die Verwaltung der Residenzstadt Spaniens hat, vielleicht in weiser Voraussicht eines Zeitpunktes, in welchem Madrid die Schädigung deutscher Interessen als patriotisch auffassen würde, bereits seit Jahr und Tag ihre ausländischen Gläubiger, unter denen sich viele Deutsche befinden, herzlich schlecht behandelt und diese Nichtachtung der übernommenen Verpflichtungen ist neuerdings noch krasser geworden. Die alljährlich im Mai stattfindende

Submission auf die von der Stadt zurückzukaufenden Carpetas hat dieses Jahr nicht stattgefunden, die Auszahlung der am 1. Januar d. J. gezogenen, am 1. Juli fälligen Loose hat noch nicht begonnen und selbst die am 1. Juli zu veranstaltende regelmäßige Ausloosung hat noch nicht stattgefunden."

## Politische Wochenschau.

### Aus dem Inlande.

Die große Parade am Sedantage ist glänzender verlaufen, als je zuvor. Aus nah und fern war eine unzählige Zuschauermenge herbeigeeilt, war es doch bekannt geworden, daß der Kaiser selbst die Parade abnehmen werde. Der Augenschein überzeugte denn die ihren Jubel fortgesetzt erneuernden Schaaren, daß der kaiserliche Herr nach der Gasteiner Kur seine alte Frische und Rüstigkeit wiedererlangt hat. Auch der Kaiserin, welche bei der Parade zugegen, dem Kronprinzen, der eben erst von der Inspection der bayerischen Cavallerie bei Regensburg zurückkehrte war, und dem Prinzen Wilhelm, dem Führer der Ehrencompagnie zur Abholung der Fahnen, wurden herzliche Guldigungen dargebracht. Während vor'm Jahre die Kaiserin beim Paradebühnen die Vertretung ihres Gemahls übernehmen mußte, erschien er diesmal an ihrer Seite und besuchte auch Abends die Vorstellung im Opernhause.

Der Bundesrath wird Mitte des Monats seine Arbeiten wieder aufnehmen, einzelne Ausschüsse sind bereits zusammengetreten, so namentlich zur Vorberathung der Ausführungsbestimmungen zum Börsensteuergesetz.

Nachdem der Vicepräsident des Staatsministeriums, Minister von Puttkamer am Montag von seinem Sommerurlaube zurückgekehrt war, fand am Dienstag eine Sitzung des Staatsministeriums statt. Minister von Bötticher hat sich nach Westfalen und Hessen-Nassau begeben, um mit Unternehmern und Arbeitern über die Lage der Industrie Besprechungen abzuhalten.

Unser Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, hält sich gegenwärtig in Straßburg auf, wohin er demnächst als Statthalter der Reichslande übersiedeln wird.

Die Telegraphenconferenz hat in zweiter Lesung ihre Beschlüsse, betreffend eine Einheitstage im europäischen Verkehr, aufrecht erhalten, so daß dieser bedeutungsvolle, auf den Vorschlägen Deutschlands beruhende Fortschritt im Telegraphenwesen bald zu Recht bestehen wird.

Die großen Flottenmanöver bei Wilhelmshaven haben ihren Anfang genommen; es liegt ihnen der Gedanke zu Grunde, die dortige Küste gegen ein feindliches Geschwader zu verteidigen. Das glänzende Schauspiel nimmt ein großes Interesse, sowohl von Seiten der Admiralität als des Publikums in Anspruch.

In der inneren Politik war das erwähnenswertheste Ereigniß der Woche die Katholiken-Versammlung in Münster. Ausgesprochenenmaßen sollte der Eifer der Katholiken in Kulturkampsachen neu angefaßt werden. Besonders bemerkt zu werden verdient, daß unter großem Beifall die Zurückberufung der Jesuiten und die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes verlangt wurde. Dr. Windthorst, der sich anfangs zurückgehalten hatte, verlangte zum Schluß die weitere Stärkung des Centrums, da anscheinend der Kulturkampf nicht zu einem raschen Ende komme. Ein großer Theil der nationalen Presse ist der Meinung, daß durch so weit gesteckte Ziele und durch die Steigerung der Forderungen der sog. Versumpfung des Kulturkampfes Einhalt gethan werden sollte. Das viel Parteitaktik bei dem Verlauf dieser angeblich religiösen Versammlung mit im Spiele war, ist gewiß richtig. Auch über sociale Aufgaben wurden Vorträge gehalten und Beschlüsse gefaßt im Sinne der Centrumpolitik. Ob und welche Rückwirkungen die Stimmung der Versammlung auf die Verhandlungen des päpstlichen Stuhles mit Preußen haben wird, muß abgewartet werden. Jedoch werden in der Presse dem Papste Leo XIII. starke Neigungen zu einem für beide Theile vortheilhaften Frieden nachgesagt.

Nach einer Andeutung des „Moniteur de Rome“, eines dem Papst nahestehenden Blattes, ist es wahrscheinlich, daß einem Beschluß der Fuldaer Bischofsconferenz zufolge den Candidaten der katholischen Theologie in jeder Diocese von dem Generalvicariat mündlich vorgeschrieben werden soll, was der zurückgezogene Paderborner Erlass über den Studiengang verordnete. Man würde auf diese Weise den Vorbildungsgesetzen genügen, ohne sie ausdrücklich anzuerkennen.

Eine weitere wichtige Erscheinung im Parteileben ist die Maßregelung des socialdemokratischen Abgeordneten Bierack seitens des Herrn v. Vollmar, weil er sich in gemäßigerem Sinne über die Er-

reichung einer durchgreifenden Socialreform ausgesprochen hatte und den terroristischen Standpunkt seiner Collegen von der radicaleren Färbung v. Vollmars, der von diesem Staate schlechterdings nichts wissen will, verdammt. Die Socialdemokratie verfällt dem Schicksal aller Extremen, daß Saturn seine eigenen Kinder verschlingt.

Endlich sei noch erwähnt, daß das vom Landtag beschlossene Nothkommunalsteuergesetz die königliche Genehmigung erhalten hat.

### Aus dem Auslande.

Die wegen der Carolinen-Inseln entstandenen spanisch-deutschen Differenzen haben in der vergangenen Woche im Ganzen das Ausland mehr beschäftigt als uns. Den Demonstrationen der spanischen Bevölkerung gegenüber, welche einen für Deutschland außerordentlich beleidigenden Charakter tragen, hat sich das deutsche Volk sehr kühl und gleichgültig verhalten, weil es sich seiner Stärke bewußt ist und volles Vertrauen in seine Staatsleitung setzt. Die Madrider Regierung sucht den Kundgebungen entgegen zu treten, hat aber damit noch nicht viel erreicht. Die deutsche Regierung hat nunmehr, wie aus London berichtet wird, den Mächten officiell angezeigt, daß sie Willens sei, ihre Differenzen mit Spanien betreffs der Carolinen-Inseln dem SchiedsSpruche einer befremdeten Macht zu unterbreiten. Wie weit die in französischen Blättern aufgetauchte Mittheilung richtig ist, wonach Spanien aus Besorgniß vor einem seinen Ansprüchen ungünstigen Ausgang sich auf eine Erledigung der Streitfrage durch einen SchiedsSpruch nicht einlassen wolle, bleibe dahin gestellt: es würde dies von vornherein ein Anerkenntniß der Unrechtmäßigkeit seiner Ansprüche bedeuten.

In Paris hat man natürlich seine Freude an den spanisch-deutschen Differenzen gehabt und mannigfach zu Gunsten „der Spanier, der Carolinen und Elßaß-Lothringens“ zu demonstrieren gesucht. Im Ganzen beschränkten sich diese Kundgebungen indeß nur auf einzelne unbedeutende Fälle, vielmehr wird berichtet, daß das Ministerium an die Präfecten die strengsten Weisungen ertheilt habe, im Zusammenhange mit dem spanisch-deutschen Zwischenfall geplante antideutsche Demonstrationen zu verhindern. Da in vier Wochen die Neuwahlen für die Deputirtenkammer stattfinden, wendet sich das Interesse mehr den Wahlfragen zu. Die anti-republikanischen Parteien der Royalisten und Imperialisten haben ein gemeinsames Wahlmanifest erlassen, in denen sie die Republik heftig angreifen, die sie „für das Defizit, für den Krieg und für Gewaltthätigkeiten“ verantwortlich machen; es schließt mit den Worten: „Entreißt das Land seinen schlimmsten Feinden, geht zur Wahl eng geeint mit dem Rufe, es lebe Frankreich!“ Die Fahne der Monarchie wird jedoch in dem Manifest nicht offen entrollt. Dagegen bereist der frühere Ministerpräsident Ferry mit steigendem Erfolge die großen Städte, in denen er auf die bisherigen republikanischen Errungenschaften hinweist und vor Allem die Nothwendigkeit der Stetigkeit der Regierung betont, weil Europa zu einer der Anarchie ausgelieferten Republik kein Vertrauen haben würde. Seiner Politik kommt die Veröffentlichung eines Briefes zu Hilfe, welchen General Negrier aus Tonking an einen Deputirten gerichtet hat, und worin dieser vom militärischen Standpunkt aus den Sturz des Ministeriums Ferry als einen Sieg für China bezeichnet: „wäre Herr Ferry am Ruder geblieben, dann hätte er auch Alles glücklich und rasch zum großen Nutzen der Nation zu Ende geführt; das Ministerium war das Opfer einer schlecht unterrichteten Kammer.“ Dieser Ansicht des Generals entspricht die Auffassung, welche ganz Europa von dem durch die Kammer erzwungenen Rücktritt Ferrys seiner Zeit hatte.

Sir Drummond Wolff hat jetzt dem Sultan sein Beglaubigungsschreiben und ein persönliches Schreiben der Königin von England überreicht, worin der Wunsch freundschaftlicher Beziehungen ausgedrückt und den Rechten des Sultans in Egypten Rechnung getragen wird. Es sind in Folge dessen in Constantinopel Verhandlungen bezüglich der Beilegung der in Egypten bestehenden Verwickelungen eingeleitet worden. Die wirthschaftliche Lage Englands erhält durch die Arbeitseinstellung von 5000 Maschinenarbeitern in Elswick eine neue Beleuchtung. In Irland ist es in Folge des Versuches der Polizei, einige Pächter, die das Pachtgeld nicht bezahlt haben, aus ihren Pachtungen zu entfernen, zu erneuten Ruhestörungen gekommen.

Aus Rußland wird die Abjehung der Stadthäupter von Riga und Reval wegen ihrer Weigerung, sich im amtlichen Verkehr der russischen Sprache zu bedienen, sowie die Aufhebung des geheimen kaiserlichen Befehls vom Jahre 1865, wonach bei Mischehen in den Ostseeprovinzen die Erziehung der Kinder in der griechischen Confession nicht gefordert werden sollte, gemeldet.